

---

Gert Pickel

## Angstmacherei und Populismus – eine unge-wollte Wiederkehr der Religionen?

- ◆ Dass menschliches Leben von allerlei Ängsten und Befürchtungen begleitet ist, gilt allgemein für alle Zeiten; aber dass neuerdings Anhänger einer bestimmten Religion in unseren Breiten als hauptsächliche Auslöser dafür empfunden werden, ist gewiss neu und wirft ein schlechtes Licht auf Religion insgesamt. Dazu kommt, dass diese Ängste sich auch politisch instrumentalisieren lassen und dem sogenannten Populismus in die Hände spielen. Dieses Phänomen nimmt der Autor, Professor für Religions- und Kirchensoziologie in Leipzig, in seinem Beitrag unter die Lupe, analysiert die Probleme und rückt dabei so manche Vorurteile zurecht. (Redaktion)

### 1 Macht Religion Angst?

Blickt man heute in die Medien, dann verfestigt sich relativ schnell der Eindruck, dass Religionen etwas Unberechenbares, Bedrohliches und gar Gefährliches sind. Zumindest scheinen diese Attribute in den Augen vieler Bürger des sich zunehmend säkularisierenden Europas für Anhänger von Religionen zu gelten. An dieser Stelle heißt es nun aber auch genau zu sein, denn eigentlich gilt dieses Urteil in der Regel nur mit Blick auf die Mitglieder einer Religion – des Islam. So wie Muslime schnell als Islamisten bezeichnet werden, so werden Terrorakte von Einzeltätern schnell auf eine strukturelle Gewaltbereitschaft und A-Modernität des Islam zurückgeführt.<sup>1</sup> Differenzierungen zwischen einzelnen Personen, der Religion an sich und ihrer Anhängerschaft sind dabei für solche Einschätzungen oft genauso wenig von großer Relevanz wie Differenzierungen zwischen unterschied-

lichen Glaubensrichtungen im Islam. Entsprechend werden Alewiten wie Sunniten vom Gros der Betrachter genauso in den „Container Islam“ eingeordnet wie Muslime in der zweiten Generation in Deutschland, Österreich oder anderen europäischen Ländern mit Neuankömmlingen und gerade erst Geflüchteten gleichgesetzt werden.

Nun soll das nicht heißen, dass die Sorgen der Bürger vor islamistischem Terror vollkommen unberechtigt sind. Fast täglich ereignen sich Taten, die mit extremistischen Gruppierungen im Islam in Verbindung stehen – oder in Verbindung zu stehen scheinen. Die mittlerweile gestiegenen Gefährdungslage in Europa kann man ebenfalls nicht wegdiskutieren, wurde sie doch auch durch einzelne Terrorakte manifestiert. Doch es ist nicht nur die Terrorgefährdung, welche als Argument gegenüber dem Islam geäußert werden kann. So sind eben auch real bestehende kulturelle Differenzen zwischen Muslimen und Nicht-

<sup>1</sup> Siehe Detlef Pollack / Olaf Müller / Gergely Rosta / Nils Friedrichs / Alexander Yendell, Grenzen der Toleranz: Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa, Wiesbaden 2014.

muslimen in der Gesellschaft nicht einfach durch Verweise auf einen funktionierenden Multikulturalismus wegzuleugnen. Sie benötigen eine breitere Erklärung und die Schaffung eines wechselseitigen Verständnisses. Nicht jeder also, der Angst vor islamistischem Terror hat und Muslimen abwartend gegenübersteht, ist gleich ein Rassist. Gleichzeitig wirken aber nicht wenige Haltungen unter europäischen Christen wie Konfessionslosen gegenüber dem Islam und seinen Mitgliedern doch deutlich in ihrer Kritik überzogen und zu stark pauschalisierend. So blieb die Zahl der Terroranschläge (vielleicht entgegen dem subjektiven Eindruck) quantitativ wie auch in ihrer Wirkung eher gering und nur die wenigsten Europäer waren selbst peripher davon betroffen. Überhaupt besitzen ja nur relativ wenige Menschen in manchen Gebieten Europas überhaupt Kontakt zu Muslimen.

Doch diese Relativierung der Wirkung übersteigt doch die Zahl der Verkehrstoten, Toten aus häuslicher Gewalt und anderen Gewalttaten die Zahl der Opfer terroristischer Gewalt bei weitem) scheint nicht das entscheidende Kriterium für eine doch weiter verbreitete Bedrohungswahrnehmung durch den Islam unter den Europäern.<sup>2</sup> Wichtiger ist, dass die einzelnen Terrorattentate sehr gut in ein selbst konstruiertes Bild einer diffusen Gefährdungswahrnehmung passen, welches man wiederum gut auf eine spezifische soziale Gruppe in der Gesellschaft übertragen kann. Und hier bietet sich die Identifikation dieser Gruppe über ihre religiöse Zugehörigkeit als Referenzpunkt an. Ein zusätzlicher Vor-

teil ist, dass es sich zudem um eine Minderheitengruppe handelt, die einem kulturell immer noch fremd geblieben ist. Warum aber brauchen manche Menschen diese gruppenbezogenen Vorurteile, wie sie in der Sozialpsychologie nüchtern heißen? Einige benötigen sie vor allem, um damit Politik zu machen. So ist Angst eine der stärksten emotionalen Triebkräfte, die ein Mensch besitzt. Nimmt man eine einmal wahrgenommene Bedrohung und die damit verbreitete Angst bei den Bürgern auf, dann kann man diese politisch kanalieren. Verbunden mit dem Angebot der Bereitstellung von Sicherheit kann es einem dann schon manchmal gelingen, weitreichende politische Maßnahmen durchzusetzen oder zumindest Wahlerfolge zu erzielen. Genau an dieser Stelle – der Angst – setzen Populisten, speziell Rechtspopulisten an. Für sie ist eine solche Bedrohungswahrnehmung, die sich auf eine spezifische Fremdgruppe bezieht, im Prinzip wie gemacht. Was ist der Grund?

## 2 Die Mobilisierung von Angst – und die politischen Ziele

Menschen und Gruppen, die man mit Rückgriff auf die politisch-ideologische Einordnung als eher rechts einstuft, teilen vor allem eines – einen starken Nationalismus. Dieser ist auf die eigene Nation, gerade auch als Herkunftsgemeinschaft, ausgerichtet und bestärkt auch eine Offenheit für Autoritarismus. Der Gedanke eines Volkes, welches sich durch spezifische kultu-

<sup>2</sup> Damit soll die Bedeutung der Terrorakte nicht heruntergespielt werden, sie soll nur in Relation zu ihrer gesellschaftlichen Wirkung gesetzt werden. Speziell für die direkt betroffenen Angehörigen solcher Gewaltakte sind die Folgen immens. Zur Bedrohungswahrnehmung siehe *Gert Pickel / Alexander Yendell, Islam als Bedrohung? Beschreibung und Erklärung von Einstellungen zum Islam im Ländervergleich*, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft (ZfVP) 10 (2016, 3–4), 273–310.

relle Eigenschaften auszeichnet, und damit anderen Völkern, Volksgruppen oder Minderheiten von Natur aus überlegen ist, passt gut mit diesen „Werten“ zusammen. Entsprechend teilen Rechtsextremisten eine rigide Ablehnung des Andersartigen sowie einen massiven Ethnozentrismus.<sup>3</sup> Nun sind die Gruppengrößen der überzeugten Rechtsextremisten in der Regel begrenzt. Für Deutschland geht man seit Jahrzehnten von einer konstanten Größe zwischen drei und fünf Prozent der Bevölkerung aus, manchmal stärker, manchmal weniger sichtbar. Zur oft geringen Sichtbarkeit trägt dabei das enorme Streitpotenzial innerhalb des Rechtsextremismus um den dann doch richtigen Weg und vor allem um Führungspositionen bei. Entsprechend gelingt es ihnen nur selten – wenn auch nicht nie –, größere Teile der Bevölkerung zu ihrer Unterstützung oder zur Wahl einer ihnen nahestehenden Partei zu motivieren.

Diese Erfahrung hat nicht nur in Deutschland eine gewisse (Selbst)Sicherheit mit sich gebracht, sondern ist gerade in den letzten Jahren, speziell aufgrund der sogenannten „Flüchtlingskrise“ ins Wanken gekommen. So kam es zu einer sichtbaren Mobilisierung von Bürgern, die sich gegen eine Islamisierung des Abendlandes aussprachen. Hier profitierten Rechtsextremisten von einem Zusammenfallen des eigenen, schon immer vertretenen Nationalismus mit der Ablehnung des Fremden in größeren Teilen der Bevölkerung. Daneben spielten auch die Ablehnung der Europäischen Union und Europäischen Integration

wie eine tiefgreifende Unzufriedenheit und Ablehnung der etablierten Politiker und Parteien eine gewichtige Rolle für diese Mobilisierung. Entsprechende „Empörungsbewegungen“, von denen die in Dresden ansässige PEGIDA (Patrioten Europas gegen eine Islamisierung des Abendlandes) die wohl bekannteste ist, setzten sich allerdings nicht nur aus überzeugten Rechtsextremen zusammen, sondern zu einem größeren Teil auch aus sogenannten „Wutbürgern“.<sup>4</sup> Speziell das lautstarke Auftreten und das ungewohnte Tragen des Protestes auf die Straße erschütterte die politische Landschaft in Deutschland – und vor allem das Selbstbild vieler Politiker. Eine fehlende Diskussions- und Dialogbereitschaft und -kultur, eine massive Medienschelte und eine (im Grunde genommen antidemokratische) Ablehnung von Toleranz und die bewusste Abkehr von Prinzipien politischer Korrektheit verunsicherten Politik wie auch andere Teile der Öffentlichkeit. Selbst vor dem Hintergrund der sich beruhigenden Proteste, welche jenseits von Dresden weitgehend auf den Bestand von stadtbekannten Rechtsextremisten und Hooligans zusammenschrumpften, und der Feststellung, dass selbst 10.000 Besucher einer solchen Veranstaltung nur einen kleinen Teil der Bevölkerung ausmachen, saß der Schock in der etablierten deutschen Politik tief.

Vielleicht auch nicht ganz zu Unrecht, verlagerte sich der politische Protest doch auf die institutionelle Ebene des politischen Systems. So etablierte sich die Alternative für Deutschland (AfD) als bei Wahlen er-

<sup>3</sup> Ethnozentrismus bezeichnet den positiven Bezug auf die eigene Ethnie, verbunden mit einer starken Abwertung und Ablehnung anderer Ethnien und ihrer Mitglieder. Dies impliziert einen Überlegenheitsanspruch sowie den Wunsch nach einem Primat der eigenen Ethnie in allen Entscheidungen. Siehe auch *Fabian Vircho / Martin Langebach / Alexander Häusler (Hg.)*, Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden 2016.

<sup>4</sup> *Hans Vorländer / Maik Herold / Steven Schäller*, Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden 2016.

folgreiche Protestpartei, die von Landtagswahl zu Landtagswahl Erfolge anhäufen kann. Besonders erfolgreich war und ist sie dabei in den neuen Bundesländern, wo sie teilweise aus dem Stand zur zweitstärksten politischen Kraft wurde. Die AfD konzentrierte sich, bei aller breiteren Thematik, vor allem auf die Frage einer Unterbindung der Zuwanderung und langfristig einer Reduktion des Islam-Einflusses. Die Nähe zu Zielen von PEGIDA sind dabei nicht nur auf der Ebene des Parteiprogramms zu sehen, sondern werden so auch von den Bürgern wahrgenommen.<sup>5</sup> In der Kombination einer Antiestablishmentkampagne mit einer Abgrenzungskampagne gegenüber Mitgliedern anderer Ethnien und Religionen wurden dabei ähnliche Wege begangen, wie sie rechtspopulistische bis rechts-extremistische Parteien im übrigen Europa wählten. Durch die starke nationalistische und ethnozentristische Prägung dieser Ausrichtung ist dieser Weg dabei politikwissenschaftlich relativ problemlos als ideologisch rechts einzustufen. Was macht aber nun den Erfolg dieses Vorgehens aus? Hierzu ist ein Blick auf die populistische Komponente dieser Strategie notwendig.

### 3 Die Voraussetzung des Populismus – Bedrohungssängste in der Bevölkerung

Populismus rekurriert per Definition auf den Versuch, „das Volk“ durch ihm genehme Aussagen für sich zu gewinnen. Popu-

lismus ist dabei nicht explizit für den rechten ideologischen Raum reserviert, sondern kann sich sehr wohl auch auf der linken Seite dieses Raums etablieren (siehe Hugo Chavez in Venezuela). Gleichwohl hat der Rechtspopulismus weltweit gesehen eine größere Verbreitung. Dies dürfte mit dem auf dem rechten ideologischen Spektrum konstitutiven Nationalismus zusammenhängen. Er zielt eben direkt auf das Volk und dessen Unterstützung als Kollektiv. Populismus richtet sein Augenmerk nun immer auf Mobilisierung. Nur wenn diese gelingt, dann macht sein Einsatz für einen Populistern überhaupt Sinn. Die oben angesprochenen Wahlerfolge sind ein deutliches Zeichen, dass solche Mobilisierungserfolge, an manchen Orten mehr als an anderen, in Deutschland, Österreich, Frankreich und anderen europäischen Ländern in den letzten Jahren durchaus in größerem Maße stattfinden. Selbst wenn die entsprechenden Einstellungen wie auch die entsprechenden Populisten nicht durchgängig neu auf der Bildfläche erschienen sind, stellt sich doch die Frage: Wie kommt es aber auf einmal zu solchen Mobilisierungserfolgen?

Ein zentraler Grund ist die bereits angesprochene Angst in den europäischen Bevölkerungen vor dem Islam und dem islamistischen Terrorismus. So fühlt sich knapp über die Hälfte der Deutschen 2013 wie auch 2017 vom Islam bedroht.<sup>6</sup> Angst vor einer Zunahme des Terrorismus aufgrund der Flüchtlingsbewegungen hat in Deutschland und anderen westeuropäischen Län-

<sup>5</sup> Alexander Yendell / Oliver Decker / Elmar Brähler, Wer unterstützt PEGIDA und was erklärt die Zustimmung zu den Zielen der Bewegung?, in: Oliver Decker / Johannes Kiess / Elmar Brähler (Hg.), Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen 2016, 138–142.

<sup>6</sup> Gert Pickel, Muslime und Demokratie. – Die Auswirkungen religiöser Pluralisierung auf die politische Kultur von Demokratien. Ergebnisse des Bertelsmann Religionsmonitor 2017, Gütersloh 2017.

dern jeweils mehr als die Hälfte der Bevölkerung (in Ungarn und Polen über 70%).<sup>7</sup> Und die ungefähr gleiche Gruppe fürchtet sich vor mehr Zuwanderung und mehr Flüchtlingsimmigration in das eigene Land. Dies bedeutet nicht, dass all diejenigen, die sich durch den Islam bedroht fühlen, auch aufgerufen fühlen, sich abzugrenzen oder scharfe Sanktionen gegenüber Muslimen zu fordern. Aber immerhin jeder Fünfte bis Vierte würde explizit muslimische Zuwanderung verbieten lassen.<sup>8</sup> Zudem erwarten darüber hinausgehende Teile der Bevölkerung Maßnahmen seitens der Regierung, die ein zumindest akzeptables Ausmaß an Sicherheit bereitzustellen in der Lage sind. All dies sind gute Ansatzpunkte für auf den Komplex innere Sicherheit bezogene rechts-populistische Kampagnen. Um diesen zum Erfolg zu verhelfen, bietet es sich dann auch zwingend an, die Gefährdungslage als hoch und die Bedrohung als weitreichend zu klassifizieren. Um die Angst am Leben zu erhalten, helfen sodann einzelne Beispiele und auch Zuschreibungen an die als bedrohlich wahrgenommene Gruppe.

Wie kommt es zu dieser Verbreitung einer Bedrohungswahrnehmung? Wie empirische Analysen zeigen, sind es zumeist fehlende Kontakte zu Muslimen verbunden mit der Konstruktion eines Bildes von Muslimen und dem Islam aus Medienmeldungen, welche die Wahrnehmung der Bedrohung durch den Islam bei den Bürgern steigern. Nicht dass man keine Meinung hätte: Nur fünf Prozent von 2013 befragten Bürgern Deutschlands, Spaniens, Schweden,

Frankreichs und Großbritanniens gaben im Bertelsmann Religionsmonitor 2013 an, kein Bild vom Islam zu haben. Umgekehrt hatte also fast jeder Befragte ein festes Bild vom Islam – zumindest nach eigener Aussage. Dieses war dann allerdings eben häufig durch das Gefühl einer Bedrohung bestimmt und führte oft eine diffuse Abneigung gegenüber Muslimen und gruppenbezogene Vorurteile mit sich. Gleichzeitig geben die meisten Befragten an, keine direkten (wissenschaftlichen) Kontakte zu Muslimen gehabt zu haben. Dies war speziell in Ostdeutschland der Fall und klingt aufgrund des Anteils an Muslimen von unter einem Prozent als realistisch. Wie ist es nun aber möglich, Haltungen ohne direkte Kontakte zu entwickeln? Vor allem durch sogenannte parasoziale Kontakte, wie sie die Medien, und da besonders das Fernsehen, anbieten. Dort kommen der Islam und seine Anhänger durchgehend eher schlecht weg.<sup>9</sup> Sieht man Terrorakte in Syrien oder im näheren europäischen Umfeld bzw. reale Probleme, die durch Muslime in verschiedenen europäischen Staaten bestehen, sowie Flüchtlinge, die an Grenzzäunen rütteln, so ist ein Image von Muslimen als a-modern, frauenfeindlich, gefährlich und wenig zu Kompromissen bereit bei vielen Medienkonsumenten zumindest nachvollziehbar. Dieses lose Bild der Medienkontakte ersetzt quasi die konkreten Kontakte und erzeugt Vorstellungen von Muslimen, die, verbunden mit der Diskussion des Korans als im Kern potenziell gewalttätig, eher ungünstig ausgeprägt sind. Damit ist eine gute Grundlage

<sup>7</sup> Hier handelt es sich um Ergebnisse des PEW Research Center. Siehe *Richard Wike / Bruce Stokes / Katie Simmons, Europeans Fear Wave of Refugees will mean more Terrorism, Fewer Jobs. Sharp ideological divides across EU on views about minorities, diversity and national identity*, PEW Research Center, July 2016, 3.

<sup>8</sup> Dies ergeben Berechnungen mit Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus) 2016 in Deutschland.

<sup>9</sup> *Kai Hafez / Sabrina Schmidt, Die Wahrnehmung des Islam in Deutschland*, Gütersloh 2015.

für die Mobilisierungsfähigkeit von Rechtspopulismus geschaffen. Bei einer großen Zahl an Europäern kann dieser somit bei der genannten Angst, der diffusen Abneigung und Distanzhaltung zum Islam und zu seinen Anhängern ansetzen. Diese Kollektivzuschreibung erweist sich als günstige, weil einfache Referenzgröße, die den Rechtspopulisten in ihrer massiven Ausprägung erst seit 2015 zur Verfügung stand.

#### 4 Die Folgen für die Demokratie und die Sicht auf Religion

Diese Entwicklungen sind nicht folgenfrei. So wird durch die Instrumentalisierung des Islam als Projektionsfläche für das Fremde und Abzulehnende auch eine Sicht auf Religion bestärkt, welche das Konstrukt einer Konflikte schaffenden Religion bestärkt. Dieses Bild hat sich in den letzten Jahrzehnten, speziell in der Politikwissenschaft bereits weit ausgebreitet und nicht nur durch die Ausführungen Samuel Huntingtons zu einem Clash of Civilizations eine wissenschaftliche Unterförderung erhalten. Vor diesem Hintergrund stellt sich für jede Demokratie die Frage, wie sie zukünftig mit Religionen umgehen möchte: Religionsfreundlich und alle Religionen einbindend oder eher durch eine steigende Trennung von Kirche und Staat, von Politik und Religion. Letzteres würde vor allem die bereits stattfindende Säkularisierung weiter befördern. So sind in Zeiten steigender religiöser Pluralisierung Religionsgemeinschaften wie gerade auch

ihre Mitglieder staatlich nur schwer kontrollierbar.

Gleichzeitig haben Religionen und insbesondere Kirchen in der demokratischen Zivilgesellschaft in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Auch diese Entwicklung hat mit den Flüchtlingsbewegungen einen zusätzlichen Schub erfahren. So entstehen gerade im nahen Umfeld von Kirchen vielfältige Gelegenheitsstrukturen der Flüchtlingshilfe. Sie entsprechen perfekt den Anforderungen einer Zivilgesellschaft, sind sie doch für alle sozialen und weltanschaulichen Gruppen offen und zudem aufgrund ihrer Aktivität in erheblichem Umfang gemeinschaftsfördernd. Entsprechend ist es weder verwunderlich, dass sich eine überdurchschnittliche Zahl an Christen und Muslimen in der Flüchtlingshilfe engagiert, noch, dass sich Flüchtlingshilfe um Kirchen herum verstärkt findet. Diese an sich positive Entwicklung hat allerdings ebenfalls Folgen. So spitzt sich in den christlichen Kirchen die in der Bevölkerung bereits zu erkennende Polarisierung in dieser Frage noch einmal zu. Flüchtlingshelfer stehen Christen gegenüber, diewahlverwandtschaftlich Werte und Überzeugungen der Flüchtlingsgegner teilen.

Auch die Demokratie ist durch die Ausbreitung eines durch Angst gesteuerten Rechtspopulismus betroffen. So nehmen Affekte und Emotionen für die politischen Entscheidungen der Bürger an Bedeutung zu, kognitive Aspekte dagegen ab. Wie die Debatten um Fakten, alternative Fakten und Fake-News – sowie mittlerweile weltweit aufkeimende Science-Marches<sup>10</sup> – zei-

<sup>10</sup> Science Marches oder Marches for Science waren und sind Demonstrationen, die auf die zunehmenden Einschränkungen von Wissenschaft aufmerksam machen sollen. Ihr Ziel ist es, auf die Bedeutung solider Wissenschaft vor dem Hintergrund von sogenannten „Fake News“, „Alternativen Fakten“ oder postfaktischen Aussagen hinzuweisen. Ihr bisheriges Zentrum hatten sie am 22. April 2017 über weltweit zusammenwirkende Großdemonstrationen mit einem Schwerpunkt in Washington (wo 40.000 Menschen teilnahmen).

gen, liegen hier Gefahrenpotenziale für Demokratien. Sie liegen ebenso in den durch Rechtspopulisten getragenen Forderungen nach Ausgrenzung, welche sowohl die für Demokratien so wichtige und notwendige Pluralität als auch die Toleranz Andersden-

#### Weiterführende Literatur:

*Marc Helbling* (Ed.), *Islamophobia in the West: Measuring and Explaining Individual Attitudes*. London 2012. Sammelband mit verschiedenen Beiträgen zur Haltung gegenüber dem Islam sowie zur Begriffsdefinition von Islamophobie. Gibt einen guten Einblick in die Facetten der Entwicklung der Haltungen und Einstellungen gegenüber dem Islam in Europa.

*Gert Pickel/Alexander Yendell*, Islam als Bedrohung? Beschreibung und Erklärung von Einstellungen zum Islam im Ländervergleich, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft (ZfVP)* 10 (2016/3–4), 273–310. Breitere und aktuelle empirische Behandlung der Thematik mit Blick auf Gründe und Faktoren der Islamdistanz in den Einstellungen der Bürger im europäischen Vergleich. Anhand von Daten des Bertelsmann Religionsmonitor 2013 werden Bedrohungswahrnehmungen gegenüber religiöser Pluralisierung und verschiedenen Religionen im Vergleich betrachtet und zu erklären versucht.

*Detlef Pollack/Olaf Müller/Gergely Rosta/Nils Friedrichs/Alexander Yendell*, Grenzen der Toleranz: Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa, Wiesbaden 2014. Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse einer breiten Studie zur Wahrnehmung religiöser Vielfalt in fünf europäischen Ländern. Gibt Auskunft über Wahrnehmungen, Einstellungen gegenüber Mitgliedern unterschiedlicher Religionen und existierende Stereotype.

kenden gegenüber bedroht. So leben Populisten immer auch von der Toleranz von Demokratien, welche ihnen die Äußerung von Meinungen nicht verbieten, so falsch und konstruiert sie sein mögen. Schaut man in die Wahlprogramme und nimmt die Äußerungen ernst, dann sind sie aber im Erfolgsfall sehr gerne bereit, genau diese Toleranz und Rechtegewährleistung anderen Gruppen gegenüber (und auch manchmal den eigenen früheren Anhängern gegenüber) zu unterbinden. An dieser Stelle sollten Mitglieder einer Mehrheitsgruppe hellhörig werden, die entsprechende Forderungen und Einschränkungen immer nur für andere Gruppen und andere, außerhalb der eigenen Gruppe stehende, Personen als gültig ansehen. Möglicherweise sind sie schlussendlich selbst die Opfer des einmal unterstützten Populismus.

#### 5 Fazit

Fasst man die hier vorgestellten Überlegungen zusammen, so lässt sich sagen: Populisten, speziell Rechtspopulisten nutzen derzeit die in den europäischen Bevölkerungen recht weit verbreiteten Bedrohungswahrnehmungen und Bedrohungsgefühle gegenüber dem Islam. Sie spitzen diese zu, beschaffen sich auf diese Weise Wählerstimmen und politische Unterstützung, die sie in politische Posten umsetzen. Durch ihre bewusste Zuspitzung und verstärkung vorhandener Ängste radikalisieren sie Teile der Gesellschaft und führen eine immer stärkere und manchmal schon unversöhnliche Polarisierung in den europäischen Gesellschaften herbei. Die Erfolge von Rechtspopulisten in den letzten Jahren kommen nicht von ungefähr. Für die Mobilisierung benötigt es sowohl die Angst vor Fremdem wie auch eine abzu-

lehnende Bezugsgruppe. Nur so kann eine Mobilisierung von Personen für die rechts-populistischen Aussagen stattfinden. Dieses Mobilisierungspotenzial liegt nun aber vor, besteht doch in fast allen Ländern Europas eine weit verbreitete Angst vor islamistischem Terror, welche in Verbindung mit der Fremdheit des Islam auf eine – aus Sicht der Bürger klar abgrenzbare – Fremdgruppe projiziert werden kann.

Die Erfolge der Rechtspopulisten in dieser Mobilisierung greifen im Einklang mit einer weit verbreiteten Politikverdrossenheit in Europa Raum und führen zu einer Gefährdung demokratischer Umgangsregeln. Nicht nur wird die für Demokratien konstitutive Toleranz gegenüber Vielfalt durch die Angstkampagnen in Teilen der Bevölkerungen beschädigt, auch ein differenzierter Dialog über Haltungen zu anderen sozialen und religiösen Gruppen wird verhindert. Es besteht eine weitere Gefahr: Es kann sein, dass sich etablierte Parteien und ihre Politiker aus Angst vor den Rechtspopulisten auf die abgrenzende Argumentation einlassen und in ihren politischen Entscheidungen sich aufgrund des Kampfes um Wählerstimmen für Abgrenzung entscheiden. Es geht nicht darum, Politikern den Vorwurf zu machen, dass sie sich nicht der Ängste von Bürgern annehmen und gegebenenfalls nach diesen handeln. Speziell im Bereich der inneren Sicherheit. Vielmehr geht es darum allein aus wahlaktischen Gründen Positionen des Rechtspopulismus über Gebühr in ihre Politik zu integrieren. Nicht nur dass diese zu meist dann doch nur von Minderheiten vertreten werden, sie führen in der Regel eine Verschärfung von Aus- und Abgrenzung wie politischer Polarisierung mit sich. Dies dürfte langfristig eine Gesellschaft und Demokratie mehr beschädigen als eine gewisse Widerspenstigkeit an einigen Stellen.

Es sei noch ein letzter Schwenk in der Argumentation erlaubt. In den Debatten über Religion der letzten Jahre kam es immer wieder zu einem Widerstreit zwischen der Zeichnung einer Säkularisierung und dem Bild einer Wiederkehr der Religionen. Das, was hier beschrieben wurde, zeigt in der Tat eine zunehmende Wichtigkeit von Religionen, allerdings im Sinn eines Konfliktpotenzials und einer Zuschreibungsgröße für Ablehnung. Säkularisierungsprozesse scheinen hier ebenfalls nicht die besänftigende Wirkung zu entfalten, die man ihnen in den Kirche-Staat-Debatten der letzten Jahrhunderte zugeschrieben hat. Möglicherweise ist es an der Zeit, sich verstärkt Gedanken über die politischen Dimensionen von religiöser und weltanschaulicher Pluralität zu machen, Identitäten und Zugehörigkeiten wieder stärker in den Blick zu nehmen und dabei dennoch die Rahmenbedingungen (Säkularisierung und religiöse Pluralisierung) nicht außer Acht zu lassen.

**Der Autor:** Prof. Dr. Gert Pickel, geb. 1963, Professor für Religions- und Kirchensoziologie an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig, Studium der Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Bamberg, 1996–2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder); wichtigste Publikationen: *Religiosität in Deutschland und Europa – Religiöse Pluralisierung und Säkularisierung auf soziokulturell variierten Pfaden*, in: *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* (ZGRP) 1 (2017/1), 37–74; *Religionssoziologie. Eine Einführung in die zentralen Themenbereiche*, Wiesbaden 2011; zus. mit Susanne Pickel, *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*, Wiesbaden 2006.